

## **Wie geht es in Kolumbien nach dem Volks-Nein zum Friedensabkommen weiter?**

Eine Analyse von Mirjam Kalt\*

Zuerst die wichtige Information: in allen Regionen, in denen die Menschen den Krieg am eigenen Leibe erfahren haben und seit Monaten die Erleichterung des weitgehend eingehaltenen Waffenstillstandes spüren, wird das Friedensabkommen mit hohen Prozentzahlen angenommen. Bei der Stadtbevölkerung und in den Wirtschaftszentren wird das Abkommen hingegen abgelehnt. Die Menschen tun dies entweder aus politischer Überzeugung, aus mangelnder Information oder aus Desinteresse und fehlender Solidarität gegenüber den vom Krieg geschüttelten Regionen. Wir müssen jedoch bedenken, dass der Entscheid mit 0,2% Unterschied äusserst knapp ausgefallen ist.

Zudem ist wichtig zu erwähnen, dass rund 60% der Stimmberechtigten nicht zur Urne gingen. Es wird von einer grossen Ignoranz ausgegangen. Vielleicht ist es auch die fehlende Zuversicht, dass sich durch die Abstimmung auch wirklich etwas ändern könnte, denn vielen Menschen fehlt es an Bildungsmöglichkeiten, funktionierenden Gesundheitseinrichtungen und an Arbeit.

### **Warum überwiegten die Nein-Stimmen?**

Man kann davon ausgehen, dass die meisten Menschen das rund 300-seitige Abkommen nicht gelesen haben und sich durch die eine oder andere Seite informieren liessen. Die Nein-Sager haben die Menschen mit teils dreisten Lügenkampagnen überschüttet. So wurde z.B. behauptet, der FARC-Führer würde der nächste Präsident Kolumbiens werden und das Land würde dem Castro-Chavismus verfallen. In Anbetracht dessen, dass durch das Abkommen der FARC nur 10 Sitze (ohne Stimmrecht) im Kongress bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2018 garantiert werden, ist dies ein sehr manipulatives Argument. Zudem wurde als Argument die Straflosigkeit der FARC-Guerilleros aufgeführt. Dies ist so nicht richtig, denn durch das Abkommen würde eine Übergangsgerechtigkeit in Kraft gesetzt. Auch der Punkt, dass die Wiedereingliederungssummen der Guerilleros durch gekürzte Renten bezahlt werden, ist so nicht richtig.

Alle diese Argumente generierten Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung. Zudem wurde deutlich, dass das kolumbianische Volk gespalten ist, auch wenn wir zum jetzigen Moment nicht wissen, was die 60% der Menschen denken, die nicht zur Urne gingen.

Angeführt wurde die Nein-Kampagne von Expräsident Alvaro Uribe. Sein Interesse ist es, das Feindbild Guerilla aufrecht zu erhalten, denn seine politische Kampagne baut auf dem Versprechen, die Farc zu vernichten. Auch ist er gegen eine Agrarreform, denn diese würde die Umverteilung des Landes und somit grosse Einbussen für ihn bedeuten. Alvaro Uribe hat sich zudem mit fundamentalistischen und evangelikalen Kirchenkreisen verbündet, welche die Genderdebatte als Argument gegen das Friedensabkommen benutzten: Vor ca. 2 Monaten wurde die Bildungsministerin Gina Parodi angeprangert, da sie in den Schulen eine Genderdebatte initiierte. Am Tag darauf mobilisierten die rechten Kreise Kolumbiens einen Volksaufmarsch gegen die Bildungsministerin und damit auch gegen den Präsidenten mit dem Argument, die Familie als wichtiger Wert Kolumbiens sei in Gefahr. Damit wird auch deutlich, dass der Volksentscheid ein Stimmungsbarometer über die Macht der beiden führenden politischen Köpfe Kolumbiens war: der momentan regierende Präsident Juan Manuel Santos verliert an Beliebtheit und der Expräsident Alvaro Uribe verfügt immer noch über sehr viel Einfluss.

Aus meiner Sicht kann ich zwei Argumente der Nein-Sager verstehen: viele Opfer stimmten Nein, weil sie über den Verlust ihrer Familienangehörigen nicht hinwegkommen. Ich denke, es ist ein langer Versöhnungsprozess, soweit zu kommen, den Tätern (sei es die FARC, das Militär oder paramilitärische Gruppen) zu vergeben.

Das andere Argument ist das Geld. Viele Menschen am Rande des Existenzminimums können nicht verstehen oder akzeptieren, dass die Guerilleros während zweier Jahre eine Wiedereingliederungshilfe in der Höhe eines Minimallohnes bekommen. Viele dieser Menschen müssen täglich hart arbeiten und kommen nicht auf den Minimallohn. Dies löst natürlich ein Unverständnis aus, auch

wenn für den Krieg viel mehr Geld gebraucht wird als für diese Wiedereingliederung. Es zeigt aber auch, dass Kolumbien weit davon entfernt ist, eine gerechte und würdige Lebensgrundlage für alle Menschen bieten zu können.

### **Wie geht es weiter?**

Alle politischen Parteien bestätigen die Offenheit für den Dialog und es scheint, dass ein politischer Pakt gesucht wird, um das Abkommen zu sichern. Inwiefern dies gelingen wird, ist unklar. Ich persönlich bin eher pessimistisch, denn die dahinterliegenden Interessen (Landreform, Zeit schinden, Erhöhung der Wahlchancen) von Uribe werden nicht öffentlich gemacht. Auch Santos hat zusätzliche Interessen. Es geht ihm vor allem darum, eine stabile, politische Grundlage für Investoren aus dem Ausland zu schaffen. Nichtsdestotrotz wäre dieses Abkommen mit der FARC-EP ein wichtiger Schritt hin zu weniger Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen in Kolumbien, da ein wichtiger bewaffneter Akteur wegfallen würde.

Als weiteren Schritt hat Santos zugesichert, dass der Waffenstillstand bis Ende Oktober weitergeführt wird.

Währenddessen bestätigen die FARC, dass sie nicht mehr ihre Waffen, sondern ihre Worte einsetzen werden, um den Frieden in Kolumbien zu erreichen. Trotzdem herrscht auch bei der FARC eine grosse Unsicherheit. Was wird geschehen? Werden sie ihren Demobilisierungsprozess beginnen können oder nicht?

Inzwischen demonstrieren täglich viele Tausend Menschen an verschiedenen Orten in Kolumbien und auf der Welt für den Frieden. Positiv dabei ist, dass der Frieden das zentrale Thema ist und nicht die Zugehörigkeit zu einem der politischen Akteure!

Die Auszeichnung des Präsidenten mit dem Friedensnobelpreis wird hier in Kolumbien positiv bewertet. Man erhofft sich damit mehr Druck auf alle Parteien zugunsten einer raschen Lösung. Auch wenn eine Einigung über das Abkommen gelingen wird, herrscht damit in Kolumbien noch nicht Frieden. Für den Frieden braucht es die Umsetzung des Abkommens, die Überwindung des Paramilitarismus und der Korruption und vor allem mehr soziale Gerechtigkeit.

### **Was heisst dies für die Arbeit von COMUNDO?**

Wir arbeiten hier in Kolumbien weiter und unterstützen Jugendliche, Gemeinschaften und soziale Organisationen in der Einforderung ihrer Rechte, im Üben von gewaltloser Kommunikation und Konfliktlösung und im Aufbau sozialer Netzwerke. Mit oder ohne Abkommen ist unsere Arbeit wichtig, arbeiten wir doch in der Förderung von demokratischen, solidarischen und konsensualen Werten. Zusätzlich braucht es jetzt umso mehr ausländische Organisationen, die entweder das Aufflammen neuer Gewalttaten aufzeigen oder die Umsetzung des Abkommens überprüfen. Der Aufbau eines dauerhaften und stabilen Friedens in Kolumbien ist ein komplexer Prozess, welcher ganzheitliche Lösungen und die Partizipation aller Sektoren der kolumbianischen Gesellschaft erfordert. Dieser langwierige Prozess wird durch die Schweiz aufgrund ihrer humanitären Tradition und der solidarischen Entwicklungszusammenarbeit seit Beginn begleitet und unterstützt und ist im jetzigen historischen Moment Kolumbiens besonders wichtig, auch wenn diese Arbeit durch das schweizerische Parlament immer wieder in Frage gestellt wird.

COMUNDO ist mit anderen schweizerischen Entwicklungsorganisationen in einer Austauschplattform organisiert. Im Juli dieses Jahres erarbeiteten wir gemeinsam ein Positionspapier zum Stellenwert der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Kolumbien. Anfangs August hatten wir die Gelegenheit, dieses Papier dem Bundespräsidenten Johann Schneider-Ammann anlässlich seines Besuches in Bogotá persönlich zu überreichen und hoffen damit, die schweizerischen politischen Debatten rund um den Sinn der Entwicklungszusammenarbeit positiv zu unterstützen.

Die Hoffnung stirbt zuletzt!

*\*Mirjam Kalt ist Koordinatorin von COMUNDO in Kolumbien*